

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

596 (22.12.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Züchert & Co.

Redaktion: Hanns Walthers Schneider
Verantwortliche Redakteure: Max deulicke und bedliche Vollst. u. M. Göttinger, für Auslands-Redaktion: M. Göttinger, für Theater, Kunst u. Wissenschaft: M. Göttinger, für lokale Anzeigen: M. Göttinger, für die Handelszeitung: M. Göttinger, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktionen: Dr. Kurt Weigert.

Verlagsredaktion: Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 309 und 319.

Vertriebsredaktion: Einzel- und Sammlungs-Exemplare, nach Kallertstraße und Marktplatz
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8354

Der Oberste Rat wird einberufen.

Anfangs Januar in Cannes.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Die Londoner Bepflegungen sind so gut wie abgeschlossen. Briand und Lloyd George werden sich heute vormittag noch einmal sehen, aber nur um gegenseitig von einander Abschied zu nehmen. Die beiden Ministerpräsidenten haben gestern Abend vereinbart, auf Anfang Januar den Obersten Entente-Rat an die Riviera und zwar nach Cannes einzuberufen. Lloyd George wird seine Weihnachtsferien nicht in London oder in seiner Heimat Wales verbringen, sondern sofort nach Cannes reisen. Zu dieser Konferenz, die frühestens am 3. oder 4. Januar beginnen wird, soll naturgemäß auch Italien eingeladen werden. Die Orientkonferenz soll in Paris abgehalten werden, und zwar wahrscheinlich unmittelbar im Anschluß an die Konferenz in Cannes. Die englischen Blätter melden heute Nacht, daß auch Deutschland auf dieser Konferenz vertreten sein werde. Man werde zwar die deutliche Regierung amtlich nicht vor Beginn der Sitzungen des Obersten Rates einladen, sondern erst nach Beginn der Konferenz, genau wie dies der Fall war auf der Konferenz von Spa und auf der Londoner Konferenz vom Februar ds. Js.

Briand und Lloyd George haben die Entscheidung in der Stundungsfrage und über das Reparationsproblem der Konferenz von Cannes vorbehalten. Wie angekündigt, ist es also bei der gegenwärtigen Londoner Konferenz zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen, sondern nur zu einem gegenseitigen Gedankenaustausch, doch sollen die Sachverständigen inzwischen ihre Berichte abgeschlossen haben. Diese Berichte können als Grundlage für die bevorstehenden Beschlüsse der Konferenz von Cannes gelten. Der Bericht der Experten in der Stundungsfrage soll vorliegen, daß man der deutschen Regierung von der Januar- und Februarrate im ganzen ein Drittel erläßt.

Die Pariser „Daily Mail“ schreibt weiter, daß in London verlautet, Briand sei bereit, von seiner Forderung der obrigatorischen Garantien für die Reparationsverpflichtungen abzugehen, wenn England im Falle eines Angriffs durch eine feindliche Macht zu Hilfe eilen werde, d. h. wenn England Frankreich von vornherein diese Hilfe feierlich und förmlich zusichert. In jedem Fall, schreibt die Pariser „Daily Mail“, sei klar, daß die Frage der französischen Sicherheit in den gegenwärtigen Londoner Bepflegungen eine große Rolle gespielt habe und die Konzeptionen Briands von der Defensivallianz abhängen.

Die „Pariser Daily Mail“ berichtet, daß Briand auf der Beibehaltung der Londoner Millardensatzung beharrt habe und die Franzosen jede Herabsetzung der Reparationszahlungen ablehnen. Lloyd George soll seinerseits jedoch neue militärische und wirtschaftliche Zwangsmittel gegen Deutschland im Falle einer Zahlungseinstellung abgelehnt haben. Auch die Einsetzung einer fiskalischen Kommission, die in Berlin als Konföderationsrat Deutschlands aufzutreten würde, ist nach der Pariser „Daily Mail“ von Lloyd George abgelehnt worden. Ebenso verhält es sich mit dem französischen Vorschlag nach einer Verstärkung der Funktionen des Garantietomitees.

Die Ergebnisse von London.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Intransigent“ berichtet über das Ergebnis der Londoner Konferenz: Briand hat sich zunächst mündlich mit Lloyd George über folgende Punkte geeinigt:

1. Zwischen Frankreich und England soll ein stärkeres Band geknüpft werden. Es ist ausgemacht, daß Berlin weder von England noch von Frankreich ohne Einverständnis des anderen Partners unterstützt wird.

2. Es wird eine Vereinbarung über die dringendsten finanziellen Maßnahmen getroffen, die es Deutschland ermöglichen sollen, im Jahre 1922 die Barzahlungen zu leisten, die Belgien und Frankreich brauchen.

3. Der Oberste Rat wird in einer Sitzung, die nach der Vorkonferenz stattfinden, die Frage der weiteren Zahlungen prüfen und die internationalen Valutawierigkeiten zu lösen suchen. Bei dieser Gelegenheit soll über eine große internationale Anleihe gesprochen werden.

4. Ueber die Ausnutzung des Wiesbadener Abkommens werden sich Frankreich und England nunmehr einigen. Ein ähnliches Abkommen zwischen London und Berlin ist im Werden.

5. Zwischen Loucheur, Horne und Rathenau sollen Bepflegungen stattfinden. Die Bepflegungen selbst finden noch nicht statt, doch soll Rathenau Gelegenheit gegeben werden, sich über die künftige Finanzpolitik des Reiches zu äußern.

Alles, was über diese fünf Punkte hinausgeht, insbesondere die Regelung des Verkehrs mit deutschen O-Bonds und die Reorganisation Anghands wird auf einer internationalen Konferenz beschlossen werden, an der auch Anghand und Deutschland teilnehmen müssen. Diese Konferenz wird nicht vor Ende Januar, vielleicht sogar erst im Februar einberufen werden.

Ein Kompromiß in der Stundungsfrage.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Nach den aus London vorliegenden Meldungen dürfte in der Stundungsfrage eine Kompromißlösung zustandekommen, die etwa wie folgt aussehen wird: An der Bezahlung der Januar- und Februarrate wird festgehalten, aber für eine Stundung der Rate vom 15. April (500 Millionen Goldmark) sind die Franzosen zu haben, nur verlangen sie für den Fall dieser Stundung und vom Zeitpunkt dieser Stundung ab die Möglichkeit einer Kontrolle über den deutschen Reichshaushalt. Es scheint, daß die gegenwärtigen Sachverständigenberatungen die Bestimmungen über die Kontrolle zum Gegenstand haben. Der Hauptzweck dieser Kontrolle würde in der Kontrolle des Notenumlaufs bestehen, und zu diesem Zweck würde die Reichsbank nach dem Muster der Bank von England von der Reichsregierung mehr oder weniger unabhängig werden. Unter allen Umständen soll die Kaufkraft der deutschen Währung wieder gehoben und Vorzüge getroffen werden, daß der Zusammenbruch der Marktwirtschaft sich bei den künftigen Reparationszahlungen nicht wiederholen kann. Der Reichsdach soll nicht mehr gezwungen werden, die nötigen Auslandsbesuchen für die Aufbringung der Goldmillarden zu exorbitanten Notierungen auf Kosten der Reparationsansprüche der Entente beschaffen zu müssen. Man will vielmehr zum Zwecke der Beschaffung dieser Devisen dem Reichsfinanzministerium internationale Kredite eröffnen. Es ist noch ungewiß, ob diese Stundungsaktion generell gemeint ist oder nur für die Aprilrate.

III. London, 21. Dezember. Wie die „Manchester Guardian“ berichtet, ist eine weitere Schwierigkeit dadurch entstanden, daß die

Franzosen von neuem die Frage der ersten Milliarde aufgeworfen haben und den Anteil daran als Kompensation für ihre Zustimmung in der Frage des Moratoriums beanspruchen. Von britischer Seite wurde demgegenüber geltend gemacht, daß das Wiesbadener Abkommen Frankreich besondere Vorteile sichere. Sowohl Briand wie Lloyd George hielten es für wichtig, daß die Frage des Moratoriums sofort geregelt würde.

Londoner Presseäußerungen.

Bei den nachstehend aufgeführten Pressstimmen aus London und Paris ist zu beachten, daß sie entstanden sind, bevor der Beschl. den Obersten Rat nach Cannes einzuberufen, bekannt wurde.

III. London, 21. Dez. Laut „Morning Post“ erörtern die Premierminister augenblicklich nur die Methoden, um von Deutschland die Bezahlung der im Jahre 1922 fälligen Summen zu erhalten. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Garantietkommission die Kontrolle über die deutschen Zölle und Staatsmonopole erhalten werde mit einer gewissen Jurisdiktion über das deutsche Staatsbürgern und der deutschen Regierung im Auslande gehörige Geld. Nach der „Morning Post“ ist der Gegenstand der Streichung der Kriegsschulden für den Augenblick aufgegeben worden; auch ein engl-französisch-deutsches Übereinkommen ist nach dem Blatt nicht geplant. Laut „Morn. Post“ suchten die Premierminister noch einen Ausweg aus der Sackgasse, die durch die Erklärung Deutschlands geschaffen wurde, daß es nicht in der Lage sei, die nächsten Reparationsraten voll zu bezahlen. Es scheint, daß die Erklärung Deutschlands von britischer Seite als durch die tatsächlichen Umstände gerechtfertigt angesehen werde, denn die Mitglieder sowohl der Reparationskommission als auch der Garantietkommission seien vor etwa einem Monat in Berlin gewesen und hätten die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands eingehend geprüft. Die deutsche Regierung habe den Mitgliedern der beiden Kommissionen ermöglicht, eine genaue Einsicht in den gesamten Stand der Dinge zu nehmen. „Morning Post“ zufolge werden die Premierminister, wenn die französischen und die britischen Sachverständigen zu dem Schluß kommen sollten, daß Deutschland zur festgesetzten Zeit wirklich keine Schulden nicht mehr bezahlen könne, bereit sein, unter gewissen Bedingungen einer Erleichterung zuzustimmen. Die Sachverständigen besaßen sich augenblicklich mit der Aufstellung der Bedingungen, die sowohl für England als auch für Frankreich verbindlich wären und von denen man laut „Morning Post“ auch erwarten könnte, daß Deutschland bereit sein würde, sie zu erfüllen. Das Blatt erwartet, daß die Premierminister vor morgen Abend mit ihren Beratungen zu Ende sein werden.

Briand teilte der „Daily Mail“ mit, seine Reise sei auf morgen, möglicherweise auf Freitag verschoben worden. Nach dem eben genannten Blatt nimmt man an, daß die Finanzsachverständigen über eingekommen seien, daß Deutschland in der Lage sei, die Januar- und Februar-Raten zu bezahlen. Die Sachverständigen berieten laut „Daily Mail“ gestern mit Rathenau, der ihnen einen Bericht über die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die Hilfsquellen Deutschlands unterbreitet haben soll. Der „Daily Mail“ zufolge gewinnt die Ansicht Boden, daß die französische Lösung für das Finanzchaos Deutschlands: Anerkennung einer fiskalischen Kommission, die mit Vollmachten ausgerüstet wäre, als eine Art von beweglicher Staatsverwaltung für Deutschland zu handeln, eine der Maßnahmen sein werde, die die Premierminister dem Obersten Rat unterbreiten würden.

Auch der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ glaubt zu wissen, daß die britischen und die französischen Sachverständigen zu dem Schluß gekommen seien, daß Deutschland die nächsten Reparationsraten zahlen könne und müsse. Deutschland habe — so erklärt das Blatt — eine letzte Goldleihe von 50 Millionen Pfund und anschließend solle es die Januar- und Februar-Raten aus dieser Quelle bezahlen. Das Blatt meldet im Gegenzug zur „Daily Mail“, daß Rathenau noch nicht zu den Erörterungen hinzugezogen worden sei.

Die „Times“ berichten, die allgemeine Erörterung der europäischen Wirtschaftslage, zu der Briand ursprünglich von Lloyd George nach London eingeladen worden sei, sei überhätet worden durch das unmittelbare Problem der deutschen Reparationen. Laut „Times“ ist nicht bekannt, wie die englische Regierung sich zu der Ansicht Frankreichs, daß die Entsendung einer Finanzkontrollkommission nach Deutschland notwendig sei, stelle. Es könne jedoch erwartet werden, daß England nur nach genauer Überlegung und nur, wenn die unbedingte Notwendigkeit dafür erwiesen sei, der Schaffung neuer Kommissionen zustimmen werde. In einschneidenden Finanzfragen Englands werde ein unbedingter Widerstand gegen die sogenannten „Ottomanisierung“ Deutschlands erhoben. Der „Times“ zufolge wird allgemein angenommen, daß eine Ermäßigung der deutschen Gesamtverpflichtungen heftig abgelehnt sei. Die unter einem neuen Plan den verschiedenen Mächten zufallen würden, bildeten jedoch noch den Gegenstand von Erörterungen zwischen den französischen und den britischen Sachverständigen. Die ersten von den französischen Sachverständigen unterbreiteten Zahlen seien, wie angenommen werde, von den Entente-Mächten als abkürzungsbedürftig angesehen worden. Daher sei der Bericht wieder zurückgenommen worden und solle heute von neuem unterbreitet werden. — Nach der „Times“ finden auch Bepflegungen zwischen Horne und Loucheur statt, die die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens vom 18. August durch Frankreich und des Wiesbadener Abkommens durch England zum Ziele haben. Bisher seien diese Erörterungen noch nicht sehr weit fortgeschritten. Beide Abkommen würden von den Vorkonferenzen betreffend das Moratorium berührt.

Laut „Daily Express“ erhört Frankreich immer noch, daß Deutschland die Januar- und Februar-Raten ganz bezahlen könne. Die britische Regierung ist jedoch noch den ihr vorliegenden Anträgen der Ansicht, daß es nicht möglich sei, daß Deutschland wesentlich mehr zahlen könne als es den Alliierten angegeben habe.

Das „Daily Chronicle“ schreibt, die britischen und die französischen Sachverständigen hätten den ganzen gestrigen Tag mit der Erörterung der unmittelbaren Frage über im Januar und Februar fälligen Reparationsraten verbracht, ohne zu einem Übereinkommen zu gelangen. Zu diesen Beratungen sei Rathenau nicht zugezogen worden; er habe jedoch Unterredungen mit Vertretern des Schatzamtes über andere Probleme gehabt, die von großem Einfluß auf die Stabilität der deutschen Finanzen seien. Insbesondere über die „verwendbare Geldhilfe“ der deutschen Regierung für Kohle und die Post. England wüßte diese Geldhilfen abgelehnt zu sehen. Das Blatt schreibt weiter, Frankreich wüßte einen Vertrag, der die Garantien Großbritanniens gegen einen deutschen Angriff erneuere;

Großbritannien wünsche die Zurückziehung der alliierten Besatzungsarmee und Neutralisierung der besetzten Zone. Es sollte nicht unmöglich sein, eine Formel zu finden, die die beiden Standpunkte vereinige.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, die Ansichten der britischen und der französischen Sachverständigen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gingen, wie man wisse, auseinander. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes erklärt, den Franzosen habe besonders gefallen, daß England in den französischen Vorschlag einer Ausdehnung der bestehenden interalliierten Beaufsichtigung der deutschen Finanzen eingewilligt habe, mit anderen Worten: In die Schaffung neuer Pfänder und Garantien.

Bezüglich des französischen Vorschlags einer internationalen Anleihe mit den deutschen Zolleinnahmen und den Zolleinnahmen der vormals feindlichen Länder als Sicherheit, schreibt der Berichterstatter, es werde jetzt anerkannt, daß der Augenblick für die Auflegung einer solchen Anleihe nicht günstig sei. Es würde schwierig sein, mehr als 100 Millionen Pfund aufzubringen. Es wäre jedoch eine Mindestsumme von dieser Höhe erforderlich, um die deutschen und anderen Entschädigungen für einen wesentlichen Zeitraum zu konsolidieren und die Hauptbedingungen für die finanzielle und wirtschaftliche Wiederherstellung von ganz Mittel- und Osteuropa zuzubringen. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet außerdem, es liege außer Zweifel, daß Lloyd George die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz, zu der auch Deutschland und Anghand unter Bedingungen eingeladen werden sollten, plane. Es handle sich nur um die Frage, ob eine solche Konferenz ausschließlich wie die Brüsseler Konferenz alle zivilisierten Nationen, Frankreich wäre mehr für das Letztere. Außerdem würde dies es für Japan und die Neutralen ermöglichen, in einer unmittelbaren und zweckdienlichen Weise teilzunehmen. Die Konferenz zwischen den drei Außenministern der großen Entente-Länder über die Probleme des Nahen Ostens werde etwa Mitte Mai stattfinden.

Die Stimmung in Paris.

Dr. A. Genz, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Londoner Bepflegungen gehen unter strengster Geheimhaltung vor sich. Sowohl Lloyd George wie Briand haben es auf gemeinsame Verabredung hin abgelehnt, sich gegenüber Pressevertretern in irgend einer Weise über ihre Unterhaltung zu äußern. Die Berichte der Pariser Blätter ergeben sich daher lediglich in allgemeinen Betrachtungen und Vermutungen. Der „Zeit-Beobachter“ gibt die Lage wahrscheinlich richtig wieder, wenn er in Unrissen die Bepflegungen dahin kennzeichnet, daß Lloyd George eine neue Organisation in Europa vorschläge und daß Briand bereit sei, auf diesen Plan einzugehen unter der Voraussetzung, daß vorher ein französisch-englisches Bündnis zustande kommt. Innerhalb dieses großen Rahmens werden verschiedenartige Gerüchte verbreitet, zum Teil einander widersprechend. Das Gerücht, daß Lloyd George auf eine deutsch-französisch-englische Verständigung abziele, wird von den einen demontiert, von den anderen aufrechterhalten. Ziemlich übereinstimmend wird in Paris angegeben, daß England die militärische Raumung der Rheinlande und deren Neutralisierung vorschläge, daß jedoch Frankreich in diesen Plan nur einwilligen werde, wenn es vorher durch ein Bündnis mit England vollkommen, Sicherheiten erhalten habe. In Bezug auf die Reparationsfrage glaubt man in Paris versichern zu können, daß Lloyd George für den Gedanken eines innerdeutschen Moratoriums bereits gewonnen worden sei. Die abermalige Ankunft Dr. Rathenaus in London wird von dem Korrespondenten des „Temps“ und anderen Blättern darin gekennzeichnet, daß sie den unangenehmsten Eindruck hervorgerufen habe. Die englische Regierung habe durch eine offiziöse Reutersnote feststellen lassen, daß eine Einladung zu dieser Reise an Rathenau nicht ergangen sei. Loucheur seinerseits läßt durch Havas die Meldung demontieren, daß er mit Rathenau eine Bepflegung gehabt habe.

Den reaktionären Neuerungen der offiziellen Pariser Blätter kommt im gegenwärtigen Augenblick nur geringe Bedeutung zu, da sie je nach dem Ergebnis der Bepflegungen ihre gegenwärtige Meinung nötigenfalls prompt ins Gegenteil verkehren können. Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß während Briand in London die friedliche Absicht betont, der „Temps“ in sehr gebührender und hinterhältiger Weise das Feuer zu schüren vermag. Das Blatt beschränkt sich wieder einmal, die innerpolitischen Gegensätze in Deutschland den Interessen Frankreichs dienlich zu machen und stellt schließlich zwei Forderungen auf: die deutschen Finanzen müssen kontrolliert werden, damit es der schwachen Reichsregierung möglich wird, auch von den angeblich privilegierten deutschen Schichten Steuern einzuziehen zu können, und zweitens, Frankreich muß ein starkes Heer aufrechterhalten, damit diese privilegierten deutschen Schichten nicht etwa eigene Wege einschlagen, die zu einer Revolution führen könnten. Wie man sieht, ist dem offiziellen Pariser Blatt auch leicht angedacht der Londoner Verhandlungen keine Behauptung abern genommen, um einen Vorwand für den französischen Militarismus zu suchen.

Gegen Frankreichs Flottenpläne.

III. Washington, 21. Dez. Folgender amtlicher Bericht wurde heute vormittag veröffentlicht: Die Sitzung des Unterausschusses für die Rüstungsbeschränkungen der Flotte, die vertagt worden war, fand heute vormittag statt. Der Vorsitzende verlas einen Brief Hughes an Briand, der das Flottenprogramm zusammenfaßt und folgendermaßen schließt: Das vorgeschlagene Abkommen ist sehr zu Gunsten Frankreichs; es verdoppelt die Macht seiner Marine. Ich bedauere, nach einer sorgfältigen Prüfung der französischen Regierung, zu dem Bau von zehn weiteren Schiffen ermächtigt zu werden, feststellen zu müssen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht hätte zustandekommen können. Ich wiederhole, daß das provisorische Abkommen mit Großbritannien und Japan von einem entsprechenden Abkommen mit Frankreich abhängig gemacht wird.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner Hochachtung usw. G. Hughes.

III. Washington, 22. Dez. (Drahtbericht.) Die Konferenz wird sich, wie nun als sicher angenommen werden darf, auch über das Jahresende hinaus ausdehnen und noch etwa bis Mitte Januar tagen. Die chinesisch-japanischen Verhandlungen haben sich endgültig zerlegt.

Das tschechisch-österreichische Abkommen.

Dr. N. Wien, 21. Dezember. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Das politische Abkommen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei hat die hiesige Öffentlichkeit mit der ganzen Wucht einer Ueberraschung getroffen. Nur wenige, besonders gut unterrichtete Persönlichkeiten wußten, daß der Bundeskanzler Schöner in Prag gewisse politische Abmachungen getroffen hat; daß es sich aber um ein Abkommen von solcher Tragweite handelte, war auch ihnen nicht bekannt. Selbst die politischen Parteien erhielten erst gestern spät abends in der Sitzung des Ausschusses für Neues Österreich Kenntnis von dem Inhalt des Abkommens. Der Vertrag begegnet bereits in der heutigen Morgenpresse der verschiedensten Parteien richtungen mannigfachen Bedenken. Von den einzelnen Bestimmungen des Abkommens wird besonders scharf angefochten das rüchaltlose Befehlswort zum Friedensdiktat, Verpflichtungen Österreichs zur politischen und diplomatischen Unterstützung der Tschechoslowakei zwecks Sicherung ihres territorialen Besitzes und vor allem die Verpflichtung Österreichs zur Auflösung aller inneren, der Tschechoslowakei gefährlichen politischen Organisationen. Auch auf nationaler, durchaus gemäßigter Seite erklärt man das Abkommen als eine für Österreich sehr gefährliche Bindung an die Kleine Entente und man fürchtet daraus schwere Schädigungen des Anschlußgedankens, sowie eine Gefahr für das Deutschtum überhaupt infolge der dadurch entstehenden Trennung zwischen Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen.

Dr. N. Wien, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In parlamentarischen Kreisen diskutiert man heute überaus lebhaft das Abkommen mit der Tschechoslowakei. Die großdeutsche Volkspartei wird den Vertrag aufs schärfste bekämpfen. Auch die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten sind überwiegend der Ansicht, daß das Abkommen nur mit einer wesentlichen Abänderung annehmbar sei. Schon durch diese Haltung der Parteien muß eine parlamentarische Behandlung des Abkommens bis nach den Weihnachtstagen verlagert werden. Die Stellung des Großdeutschen Vertreters im Kabinett, Minister des Aeußern, Waber, gilt als erschüttert.

Ein österreichisches Devisengesetz.

Dr. N. Wien, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Finanzminister Dr. Gürtler hat heute am letzten Tage der Sitzungsperiode, als besonders unangenehme Weihnachtsüberzahlung für die Banken und Börsen ein Salutanmeldungsgegesetz eingebracht, das folgende Hauptbestimmungen enthält: Bis 28. Dezember haben alle in Österreich wohnhaften In- und Ausländer ihre fremden Zahlungsmittel und Devisen, sowie ihre Guthaben im Auslande anzumelden. Es soll also gleichsam ein Kataster der fremden Zahlungsmittel in Österreich angelegt werden. Wer bis zum 15. Januar seine Befehle anmeldet, bleibt frei von allen Strafen wegen Steuerhinterziehung. Die Ablieferung erfolgt jedoch leihweise als Eingabe an den Staat, der dagegen Schuldverschreibungen ausgeben wird. Das Gesetz sieht für Steuerhinterziehung Kerkerstrafe vor. Bereits in der Nachmittagsitzung wurde der Gesetzentwurf vom Nationalrat genehmigt. Dies bedeutet einen großen Erfolg der Sozialdemokraten, deren feinerzeitiger Finanzplan bekanntlich ganz ähnliche, nur noch weit schärfere Bestimmungen vorsah.

Das Urteil im Jagow-Prozess.

— Leipzig, 21. Dez. Im Jagow-Prozess wurde heute nachmittags das Urteil verkündet. Der Angeklagte von Jagow wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und von Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gerichtliche Verfahren entstandenen besonderen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten von Jagow zur Last.

Die Urteilsbegründung.

In seinen Ausführungen gab der Präsident ein Bild der Verhältnisse, die im Jahre 1919 den Anlaß zu Kapps Plänen boten und eine Uebersicht über den Verlauf des Rappustisches selbst, um dann etwa folgendes auszuführen:

Während von Jagow eine Reihe von Amtshandlungen vorgenommen hat, trifft dies bei dem Angeklagten von Wangenheim nicht zu; ebenso ist Dr. Schiele nicht als Minister tätig gewesen. Das Vorgehen Kapps und des Generals von Lüttich stellt den vollständigen Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne des § 81 Abs. 2 und des § 82 dar. Sie sind darauf ausgegangen, die bestehende Verfassung gewaltsam zu ändern. Belanglos für die Schuldfrage ist der Umstand, daß Kapp und Lüttich, sowie der Angeklagte von Jagow im Interesse des Vaterlandes gehandelt zu haben glaubten. Dies kann nur für die Strafbemessung in Betracht kommen. Gleichgültig ist, ob die Verräterung für längere

oder kürzere Zeit geplant war. Mit Unrecht beruft sich die Verteidigung auf Notwehr gegenüber den damaligen angeblich ungeheuerlichen Zuständen. Alle drei Angeklagte mußten einsehen und haben nach der Ueberzeugung des Gerichtes auch eingesehen, daß es sich um ein hochverräterisches Unternehmen handelte. Indem sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung stellten, haben sie sich nicht nur auferlich an den Unternehmen beteiligt, sondern sich auch fortpäandernd beteiligt. Es fragt sich nur, ob sie als Mittäter Kapps oder als Gehilfen anzusehen sind. Für die Mittäterchaft fehlen ausreichende Gesichtspunkte. Deshalb muß es bei der Feststellung sein Bewenden haben, daß sie den beiden Führern durch Rat und Tat wesentlich Beihilfe geleistet haben. Von Jagow wurde nicht zum unverantwortlichen Werkzeug oder zum bloßen Boten, wenn er das Amt, das ihm Kapp anbot, annahm. Von Jagow hat sein großes Wissen und seine reiche praktische Erfahrung in den Dienst Kapps gestellt und so den Boden für das Unternehmen geebnet. Da er aus selbstloser Vaterlandsliebe gehandelt hat, und er in einem unruhigen Augenblick dem Ruf Kapps gefolgt ist, sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden. Andererseits erschien mit Rücksicht auf die schwe-

Unsere Postbezieher

bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung für das neue Vierteljahr rechtzeitig bei der Post zu erneuern. Auch

für den Monat Januar

und für jeden folgenden einzelnen Monat kann bei den Postämtern und Briefträgern die „Badische Presse“ bestellt werden. Der Bezugspreis beträgt beim Postbezug monatlich M. 13.50. Um die pünktliche Zustellung ab 1. Januar sicher zu stellen, bestelle man sofort.

zen Folgen, die das Rappunternehmen nach sich gezogen hat und die zum Teil heute noch nicht gänzlich beseitigt sind, eine nicht zu geringe Strafe angebracht. Die beiden andern Angeklagten haben nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Sie hatten vielmehr die Absicht, eine führende Rolle zu spielen, sind aber durch den Rücktritt Kapps daran gehindert worden; deshalb wurde gegen sie auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren eingestellt.

Die Festungshaftanstalt Niederschönenfeld.

München, 21. Dezember. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Im bayerischen Landtag entwickelte sich heute eine hitzige Debatte über die Zustände in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld im Anschluß an zwei Anträge von Seiten der Kommunisten und der U.S.P., die auf Amnestierung der politischen Gefangenen abzielten. Der kürzlich aus der Festungshaft entlassene Abgeordnete Nitsch gab eine eingehende Schilderung der dortigen Verhältnisse. Darauf beantragte der Demokrat Müller-Meinungen, die ganze Angelegenheit an den Verfassungsausschuß zu überweisen, da die Ausführungen des Abg. Nitsch eine eingehende Untersuchung und die Herausgabe einer Denkschrift über deren Ergebnis nötig gemacht hätten. Dieser Anregung wurde zugestimmt, während die Amnestie-Anträge eine Ablehnung fanden.

Strafunterbrechung bei Sondergerichts-Urteilen.

II. Berlin, 22. Dezember. (Drahtbericht.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Auf Wunsch des Reichspräsidenten wird der Justizminister noch vor den Festtagen einer großen Zahl von Verurteilten, die aufgrund sondergerichtlicher Urteile Strafen bis zu einem Jahr zu verbüßen haben, Strafunterbrechung zu teil werden lassen mit der Aussicht auf bedingten Straferlaß nach Prüfung der Urteile.

Der Abbau der Militärkontrollstellen.

m. Berlin, 22. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber den Abbau der Militärkontrollkommission erfahren wir folgendes: Die Nachrichten, daß General Kottet die Einziehung der Provinzialstellen der Militärkontrollkommission in Aussicht gestellt habe, trifft nicht zu. Kottet hat lediglich eine Verminderung der Mitgliedszahl bei den ihm unterstellten Kommissionen um etwa ein Drittel angeordnet. Die ganze Organisation bleibt vor der Hand in allen Teilen bestehen, dagegen wird die General Sieberman

unterstellte Luftfahrtkontrollkommission eine Anzahl ihrer Provinzialstellen ausheben. Eine Aufhebung der Hauptstelle Berlin auch bei dieser Kommission ist nicht in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

I. Berlin, 21. Dez. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ hört, hat sich das Reichskabinett gestern mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigt. Nach einem Beschluß des Kabinetts ist gestern vom Reichsfinanzministerium eine neue Verfügung an alle Dienststellen ergangen, wonach die bisher der Besoldungsklasse A zugebilligten Vorschlagszahlungen auf das Januargehalt auf die Besoldungsklassen B bis H erweitert werden. Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der Beamtenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium ist auf heute vormittag verschoben worden. Dem „Vorwärts“ zufolge werden die Beamtenorganisationen zwar auf ihrer Forderung, die Gehälter zu erhöhen, bestehen; jedoch wollen sie an dem Umfange der von ihnen aufgestellten Forderungen mit Rücksicht auf die außerordentliche Lage nicht festhalten und gemeinsam mit dem Finanzministerium andere Sätze festlegen. Mitglieder des Reichsausschusses erklären, daß auf eine Anfrage die Regierung mitgeteilt habe, sie werde im Januar eine neue Besoldungsordnung vorlegen, die den Wünschen der Beamten in weitgehendem Maße Rechnung trage.

m. Berlin, 22. Dezember. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Besprechung der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Beamten im Reichsfinanzministerium hat nicht stattgefunden. Die Vertreter der Spitzenorganisationen werden auf morgen mittag 10 Uhr noch einmal zu einer Vorbereitungsbesprechung zusammenkommen und um 1 Uhr im Reichsfinanzministerium empfangen werden.

II. Berlin, 22. Dez. (Drahtbericht.) Von einem als zureichend bekannten Gewährsmann erzählt der Lokalanzeiger Mitteilung von einem Plan der Reichsregierung, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbeamten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister werde schon in nächster Frist die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenberufen, um die Grundsätze zu einer möglichststen Gleichstellung der Beamtengruppen in Staat und Gemeinden festzulegen. Gleichlaufend mit dieser Aktion wird eine Besprechung mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Annäherung der Gehälter und Löhne an die der Staatsbetriebe herbeizuführen.

Eisenbahnerstreik in Oberschlesien.

W.B. Kattowitz, 21. Dez. Die Eisenbahner der Eisenbahndirektion Kattowitz hatten bis heute abend das Ultimatum gestellt, die Befahrungszulage auszubezahlen zu erhalten. Da dies nicht erfolgt ist, traten sie in den Streik, sobald am Abend keine Züge verfahren und auch der um 9 Uhr fällige Berliner Schnellzug nicht abgefahren werden konnte.

Feinschmecker



rauchen noch wie vor
SALEM
ALEIKUM
GOLD
ZIGARETTEN

Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!

Eine seltsame Geschichte.

Von Hans Gäßgen.

Herr X und seine Gattin kehrten von einer Einladung früher, als man sie erwartete, nach Hause zurück. Die Köchin, die ihren Schatz bei sich hatte und ihn mit allerlei Redensarten traktierte, verbergte ihn, als sie Herrn X kommen hörte, in dessen Büro, da sie keine Zeit mehr fand, ihn ungeschlagen aus der Wohnung zu entfernen.

So geschickelt wußte sich der Liebhaber hinter einen Schrank zu verstecken, daß Herr X, der noch einmal in seinen Arbeitsraum trat, ihn nicht sah, die Tür abschloß und zur Ruhe ging.

Der Eingesperrte dagegen fand keinen Schlaf, sondern wartete sehnsüchtig auf die Erlösung durch die Köchin.

Nach einiger Zeit ward das Fenster des Büros vorläufig eingedrückt, und jemand stieg herein.

Der Eingesperrte glaubte, die Geliebte komme, ihn zu erlösen, und schloß sie dankbar in seine Arme.

Wie erschrad er aber, als die Gestalt ihn jäh zurückstieß und mit einem Dolch auf ihn einfiel.

In seiner Angst zog auch der Schatz der Köchin sein Messer und setzte sich, soweit es die Dunkelheit gestattete, zur Wehr.

Nach einer Weile schrie der durchs Fenster Gekommene auf und räumte schleunigst das Feld.

Die Köchin aber erbat sich zeitig am nächsten Morgen die Schlüssel zum Komptoir von Herrn X, wobei sie vorgab, den Raum reinigen zu müssen.

Wie eine Bildsäule stand sie, als sie den Boden blutbestreut und die obere Hälfte eines menschlichen Fingers in einer Ecke liegend fand. Ohne weiteres Ueberlegen eilte sie zu Herrn X und gestand ihm alles.

Froh, daß sein Geld und seine Papiere unangefastet im Schrank lagen und auf diese seltsame Weise vor Diebstahl bewahrt waren, verzickte Herr X und legte sich, die Angelegenheit bald im Trübel der Tagesgeschäfte vernehlend, an seinen Schreibtisch.

Nach einer Weile sah er auf die Uhr und wunderte sich, daß sein Sekretär, sonst ein Müller von Pünktlichkeit, noch nicht zur Stelle war, obwohl der Zeiger schon fast achteinhalb Uhr wies.

Das Telefon schellte. Man teilte ihm mit, daß der Sekretär nicht kommen könne, er habe sich gefährlich in die Hand geschnitten, ein Fingerglied habe er verloren.

Nun ward Herrn X vieles klar.

Er ließ dem Sekretär sagen, der Finger läge in seinem Büro zur Abholung bereit.

Der Sekretär ward auf diese seltsame Weise an der Ausführung eines Verbrechens gebindert und gleichzeitig zweifelsfrei überführt, mit dem schändlichen Eindringling identisch zu sein.

Der Ruf nach dem Menschen.

Der größte Joll, daß ein Journalist ein Bankkonto hat, trifft auf mich zu. Zwar ist es meistens negativ, aber es ist vorhanden und war sogar einmal positiv, als eine Berliner Bühne eine Komödie von mir aufführte. Damals gab ich der Freude, Geld abzugeben, öfters nach. Draußen in der Vorstadt ist die Filiale, in der ich in jenen Monaten so oft ein- und ausging, daß ich die Beamten dieser Bank ein wenig näher kennen lernte. Näher ist eigentlich zu viel gesagt, da wir nicht über die Schönwetter-Gespräche hinausamen. Nur als man herausgefunden hatte, daß ich der augenblicklich in großer Serie gespielte Komödien-Autor sei, sah man mich etwas genauer an, und man behandelte mich mit einer gewissen Hochachtung, wie sie der bürgerliche Beamte und Kaufmann dem Stribenten meistens entgegenbringt. Ich quittierte mit ein paar Freikarten. Und damit wäre diese Geschichte aus, wenn nicht ...

Ja, wenn nicht jetzt noch über einem halben Jahre eine seltsame Fortsetzung gekommen wäre. Der Kassierer dieser kleinen Bankfiliale war mir schon damals als besonders still aufgefalten. Er verah seine nicht leichte Tätigkeit — mir Stribenten bewundern ja diejenigen, ruhenden Heißlichkeit gegenüber dem Publikum. Er war ganz Maschine, so schien's; so jagten die Hand an diesem Bankkörper, die ein- und ausgabte. Dieser junge Mensch nun kommt mir jetzt in einem Caféhaus über den Weg. Auch der, der ihn nicht kannte, konnte bemerken, daß er ziemlich viel Alkohol zu sich genommen hatte. Er, der niemals mehr zu mir gelangt hatte als „Guten Tag“ und „Schön Wetter heute“ kommt an meinen Tisch und legt sich zu mir, der ich allein bin. Der Alkohol hatte einen ganzen Haufen von Stimmung weggeschwemmt. Er war nicht etwa betrunken, noch nicht einmal angetrunken; er war nur befreit und gelöst. Und nun beginnt er zu erzählen. Von seinem Vater, seiner Mutter, seiner Frau, seiner Kindheit, seine Ehe, von Glück und Unglück, Mühe und Erfolg. Es ist als ob ein Damm, der zwischen uns war, gebrochen

wäre: der Jährling der Bankfiliale. Und sagt, wie es ihn oft paße, über den Beruf hinaus den Menschen, der vor seinem Zahlstisch steht, anzurufen, nur einmal zwei, drei Minuten mit ihm den Kontakt zu finden, der Freundlichkeit und Güte spendet und die grauen Bürolunden vergolden kann. Und verichert mir, er habe Monate lang mit seiner Frau über meine Komödie gestritten, um den Sinn meiner Komödie, der etwa ist, daß des Lebens letzte Weisheit ist, wirklich gelebt zu haben, mit ihr gekämpft habe. Und dann hätten sie keine Möbel gekauft sondern sie wären für das Geld in Theater und Konzerte gegangen, wären ins Freie gefahren und hätten einmal fröhlich gelacht. Die Strepis, mit der ich ihm zunächst zuhörte — eine böse Strepis, die wie eine Schlange in uns das Gute verzerset — zerging mir da. Ich schickte den Menschen, der die Hand nach mir ausstreckte, um mir zu danken. Und als er aufstand und zu seinem Tisch zurückgegangen war, da wußte ich, daß ich ihm vielleicht noch viel mehr zu danken hatte als er mir und meiner Komödie das gute Bemühen, ein paar Menschen geholfen zu haben. Und die Großstadt, der ich so oft flüchte, war mir wieder lieber geworden.

O. E. H.

Theaterbesprechungen in Kattowitz. Am 19. Dezember wurde in Kattowitz ein „Bühnenvolksbund, Ortsgruppe Kattowitz“, gegründet, dem 56 Mitglieder angehören. Vorsitzender ist Prof. Dr. Gutmann, Stellvertreter Oberst a. D. Kattner. Ueber bestimmte Fragen der örtlichen Theaterverhältnisse und die Gründung einer hiesigen Theatergemeinde ist bereits mit dem Oberregisseur des Landes-Theaters in Karlsruhe, Herrn Baumbach, in Rührung getreten worden. Herr Landesregisseur Baumbach sprach über Zweck und Ziele des Volksbundes.

Kattowitzer Festsche. Nach längeren vorbereitenden Besprechungen von Persönlichkeiten aus allen Berufsständen ist beschlossen worden, in der Zeit vom 26. Februar bis 3. März 1922 eine Kattowitzer Festsche für Kunst und Wissenschaft zu veranstalten, die noch mit einer Taugung des Landbundes verbunden sein wird. Vorgesprochen sind eine Reihe von Festvorstellungen im Stadttheater und Konzerte des Kattowitzer Orchesters. Auswärtige Künstler sollen herangezogen werden. Ferner finden Vorträge in der Universitäts- und eine Reihe andere Veranstaltungen statt, die sich in den Rahmen einer solchen Festsche hineinfügen. Da am 5. März die Leipziger Messe beginnt, erhofft Kattowitz auch den Besuch auswärtiger Gäste, die sich auf der Durchreise nach der Messestadt befinden.

JACOBINER

DER
DEUTSCHE
LIKÖR

Badische Chronik der Badischen Presse.

Donnerstag 22. Dezember 1921.

Beamtenvorschub und Beamtenräte.

Der Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten verlangte am Dienstag von der Regierung Auskunft über die Gehaltsvorschlüsse. Regierungsrat Schilling (Reichsfinanzministerium) erklärte hierzu: Das Reichsfinanzministerium hat sämtliche Reichsressorts telegraphisch mitgeteilt, daß an die verbeamteten Beamten und an diejenigen Beamten, die Familienangehörigen im eigenen Hausstand Unterhalt gewähren, in den Orten der Ortsklassen A und B, soweit diese durch das unlängst verabschiedete Ortsklassenverzeichnis keine höhere Einstufung als bisher erfahren haben, das am 1. Januar 1922 fällige Gehalt in den Grenzen eines Monatsbetrags auf einen der Jahressumme gegenüber zu ändernden Wunsch des Beamten sofort zur Auszahlung gelangen kann. Das gleiche gilt für die Angestellten der Reichsverwaltungen. Nach längerer Aussprache faßte der Vorsitzende Abgeordnete Degler (Dnatl.) die Meinung des Ausschusses dahin zusammen, daß die Maßnahme der Vorschubzahlung, die ganz einseitig lediglich den Beamten und Angestellten der Ortsklassen A und B zugute käme, wegen dieser Unvollständigkeit die Billigung des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten nicht finden könne.

Der Ausschuss erledigte hierauf Paragraph 1 des Beamtenrätegesetzes. Dieser grundlegende Paragraph lautet nach den Beschlüssen erster Lesung: Für alle Beamten des Reichs, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts sind zur Wahrnehmung ihrer Interessen und zur Unterstützung der Verwaltungen in der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben bei den Behörden und Dienststellen je nach dem Aufbau der Verwaltungen Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenräte zu errichten. Bestehen zwischen der untersten und höchsten Instanz mehrere Zwischeninstanzen, so ist nur bei einer von diesen ein Bezirksbeamtenrat einzurichten. Die Reichsregierung und die Landesregierungen können nach Verhandlung mit dem zuständigen Hauptbeamtenrat von der Errichtung von Bezirksbeamtenräten absehen. Die Reichsregierung und die Landesregierungen können Beamte der Körperschaften des öffentlichen Rechts nur mit Zustimmung des zuständigen Hauptbeamtenrats von der Unterstellung unter dieses Gesetz befreien. Mit Zustimmung des zuständigen Hauptbeamtenrats kann bestimmt werden, daß gewisse Beamte oder Beamtenkategorien von der Anwendung dieses Gesetzes oder einzelner Bestimmungen ausgenommen werden. Die Paragraphen 2 und 3 fanden fast unändernd Annahme.

Der Landesverband der bad. Hotelindustrie

hielt in den letzten Tagen in einer Reihe badischer Städte, so in Freiburg, Donaueschingen, Offenburg und Karlsruhe Besprechungen über die Festsetzung von Mindestpreisen im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe ab. Zu den Besprechungen waren die Hotelbesitzer jeweils aus der Umgebung ebenfalls erschienen. Am Hinblick auf die große Steuerbelastung wurde die streng kaufmännische Grundlage bei der Hotel- und Wirtschaftsführung betont.

Karlsruhe

Ettingen, 21. Dezember. Einen gemalten Charakter zeigte ein junger Bursche namens Ochs aus Schoellbrunn. Er sollte einen Burscher, der sich in Speisart und Schönlbrunn schwer betrunken hatte, nach seinem Heimatsort verbringen. Unterwegs raubte der Bursche den Betrunkenen aus und nahm ihm dessen Taschenuhr und über 200 Mark Bargeld ab.

Worheim, 21. Dezember. Für die Mietzinsfestsetzung in Pforzheim wurden folgende Richtlinien festgelegt: 1. Die Grundlage für die Mietzinsfestsetzung bildet der Steuerwert des Gebäudes; 2. die Miete setzt sich zusammen aus a) 4,9 v. H. Verzinsung des Steuerwertes, b) Betriebskosten und Instandhaltungskosten mit 3,5 v. H. aus dem Steuerwert.

Häktel, 21. Dez. Der Bürgerausschuss genehmigte gestern die Aenderung der Besoldungsordnung der städtischen Beamten und Angestellten, wodurch der Stadtkasse für die Zeit vom Oktober 1921 bis März 1922 ein Aufwand von rund 331 000 M erwächst. Weiter stimmte der Bürgerausschuss der Kreditgewährung von 400 000 M zur Erweiterung des Netzes der Elektrizitätsversorgung zu und nahm eine Bestimmung an, wonach bei ungerechtfertigten Schulversäumnissen die Eltern des Kindes Geldstrafen von 10 bis 50 Pfennig je für einen Tag zu zahlen haben.

Baden-Baden, 21. Dez. Einer der Senioren des bayerischen Georgi-Ritterordens, Reichsfreiherr Forstmeister a. D. Johann Maximilian von und zu Bodman ist hier im Alter von 76 Jahren gestorben. Der Entschlafene stammte aus Freiburg und war im Jahre 1867 als Forstpraktikant in den badischen Staatsdienst eingetreten. 1877 wurde er zum Bezirksförster in Neudorf und später zum Oberförster ernannt und 1881 nach Baden-Baden versetzt. 1891

erfolgte seine Ernennung zum Forstmeister. Seit Jahren lebte der Entschlafene, der auch Kammerherr gewesen war, hier im Ruhestande.

Mannheim

Mannheim, 21. Dez. Die Bürgerausschussitzung wird sich mit einem Stadtratsbeschluss zu befassen haben, für eine von der Großkraftwerk A. G. auszubehende Obligationenleihe von 120 Mill. Mark zusammen mit der Badischen Landes-Elektrizitätsversorgung A. G. (Badenwerk), der Pfalzwerke A. G. Ludwigshafen und der Kedar-A. G. die selbstschuldnerische Bürgschaft für Verzinsung und Tilgung des Kapitals zu übernehmen. Die Gründer gewähren sich Rückbürgschaft im Verhältnis des gezeichneten Aktienkapitals. Die Obligationensumme wird nunmehr 120 Mill. Mark betragen.

Mannheim, 21. Dez. Die Bad. Amilin- und Sodafabrik hat in ihrem Oppauer Werk die Herstellung von Ammoniak wieder aufgenommen.

Mannheim, 21. Dezember. Wegen der Grippe sind das Gymnasium, die Liselotte-Schule und die Volksschule in Luzernberg geschlossen worden. Es ist beabsichtigt heute sämtliche Volks- und Mittelschulen zu schließen, da eine größere Anzahl Lehrer an diesen Anstalten erkrankt ist. Bis jetzt ist kein Todesfall zu verzeichnen; man nimmt an, daß die Grippe wieder im Abflauen begriffen ist.

Freiburg

Freiburg, 21. Dez. Der Sohn einer hier ansässigen Sauertrank- und Kolonialhändlerwitwe wurde wegen Preistreiberi und Wucher festgenommen, weil er, wie seine Mutter, vor einiger Zeit je einen Doppelzentner Zucker, die er für 850 M kaufte, zu 1000 bzw. 1800 M weiterverkaufte. Der Zucker wurde mit einem Gewinn von 750 bzw. 950 M pro Doppelzentner an hiesige Kaffees verkauft. Die Wucherer sind die Witwe Müller und ihr Sohn.

Neuenburg b. Mannheim, 20. Dezember. Unbekannte Täter erbrachen einen auf dem hiesigen Bahnhof stehenden Güterwagen und erbeuteten eine große Menge Stoffe.

Konstanz

Höllingen (Amt Donaueschingen), 18. Dez. Die Kauf- und Klauenfische ist hier unter dem Viehbestand des Gutsbesizers Frank ausgebrochen, nachdem unsere Gemeinde ungefähr ein Jahr lang von der Seuche verschont war. Die Abhaltung der Rindvieh- und Schweinemärkte ist im Amtsbezirk Donaueschingen bis auf weiteres verboten, ebenso ist die Ausfuhr von Zuchtvieh aus dem ganzen Amtsbezirk (mit Ausnahme der Gemeinde Höllingen) nur auf Grund tierärztlicher Zeugnisse gestattet.

Heiligenberg, 20. Dez. (Subiduum.) Das goldene Jubiläum als Luftkurort konnte Heiligenberg, das 733 m über dem Meere liegt, feiern. Die ersten Kurgäste waren deutsche Offiziere des hiesigen Regiments, auf die Schönheiten und Runkelhähe des Ortes wurde bald in Aufsehen usw. hingewiesen. Seither hat sich die Zahl der Besucher Heiligenbergs von Jahr zu Jahr vermehrt.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 22. Dezember 1921.

Die Weihnachtsspende für die Avignon-Gefangenen.

In sieben großen Kisten sind in diesen Tagen die Weihnachtsgaben an das Gefangenendepot in Avignon und die beiden Arbeitslager Cuers und Nyon abgegangen. Bei dem hohen Wert der Sachen war anfangs geplant, daß ein Abgeordneter des Reichstages persönlich die Sachen in Avignon abliefern sollte. Trotz inländischer Bitten des Avignon-Komitees und mehrfachen Telegrammwechsell mit der französischen Regierung ist diese Bitte indes abgelehnt worden. Es wurde nur erlaubt, daß die Liebesgaben auf dem schnellsten Wege an die deutsche Botschaft in Paris geschickt und von dort weitergeleitet würden. Es ist daher mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Gaben Weihnachten in den Händen der Gefangenen sind. Für deren Angehörige wird gleichfalls eine Weihnachtsspende veranstaltet werden. Die Gefangenengemeinde in Avignon hat auch Avignon-Komiteescheine herausgegeben, die, wie ein Aufdruck besagt, am „Tage der Freiheit“ wieder eingelöst werden sollen. Auf den Scheinen ist auch die Aufschrift zu lesen „Avignon, Weihnachten 1921“.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurden durch französisches Dekret vom 15. Dez. weitere 23 deutsche Kriegsgefangene begnadigt. Die sofortige Durchföhrung des Dekrets ist beantragt worden. — Die Namen der begnadigten deutschen Kriegsgefangenen in Avignon, deren Heimkehr in die Heimat unmittelbar bevorsteht, lauten: Karl Kaulenbach, Wilhelm Frankenhöfe, Hans Garsta, Franz Gerber, Konrad Harnack, Paul Heil, Stanislaus Hoffmann, Karl Blod, Hugo Kohler, Otto Kraus, Friedrich Lange.

Karl Liebichwagern, Georg Milde, Otto Münch, Gustav Rühl, Joseph Ausenberg, Johannes Schmitz, Jos. Schyma, Henry Stand und Paul Zmuda. — Die seitens des Dekrets ferner aufgeführten deutschen Kriegsgefangenen Walter Bischof, Friedrich Bünge und Walter Kießig sind bereits vor kurzem nach Verbüßung ihrer Strafen entlassen worden.

Todesfall. Gestern verstarb hier der nicht nur in weitesten Kreisen der Stadt, sondern auch im Lande bekannte Chirurg Medizinalrat Dr. Ludwig Gutsch. Der Verstorbene war 1853 in Bruchsal als Sohn des dortigen Strafanstaltsarztes Geh. Rat Dr. Anton Gutsch geboren. Er besuchte das Gymnasium in Bruchsal und in Mannheim bis 1871. Mit Begeisterung erlebte er die ruhmreiche Zeit der Reichsgründung. Von 1872 bis 1878 studierte er in Heidelberg und Straßburg Medizin und war dann bis 1881 Assistenzarzt in Berlin im Krankenhaus Friedrichshagen. Im Juni 1881 ließ er sich in Karlsruhe als erster Chirurg nieder und errichtete eine Privatklinik. Von 1893 bis 1903 war er Chefarzt der chirurgischen Abteilung des St. Vincentiushauses, dessen Neubau nicht zuletzt sein Verdienst ist. 1903 zog Dr. Gutsch nach auf die Tätigkeit in seiner Privatklinik zurück und arbeitete daselbst bis 1914. Begeistert folgte er 1914 als Oberstabsarzt der Landwehr dem Kriegsruf, zunächst als Chefarzt eines Lazarettzuges. Später arbeitete er in orthopädisch-chirurgischen Abteilungen der Kriegslazarette Brüssel, Polen, Glogau und Konstanz. Zuletzt war er Garnisonsarzt in Karlsruhe. Der Heldentod zweier seiner Söhne und der Zusammenbruch des einst so stolzen Vaterlandes brachten seine bis ins hohe Mannesalter jugendfrische, unermüdete Arbeitkraft. Ein sanfter Tod erlöste ihn von schweren Leidenstagen.

Belagerung der ärmsten Kinder der Stadt. Am kommenden Freitag werden in drei Sälen der Stadt tausend der ärmsten Kinder durch das Rote Kreuz beschenkt, das ihnen eine Weihnachtsspeise bereiten wird auf Grund einer Spende der deutschen Amerikahilfe, die zu diesem Zweck 45 000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Eine solche Spende ist auch sechs anderen Städten zum gleichen Zweck zugegangen.

Abhebung der Maisbelleterung für Brennereien. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die vom Vermertungsverbande deutscher Spiritusfabrikanten angeregte Belleterung von verblühtem Mais, um die Brennereien in Betrieb zu halten, abgelehnt.

Die Blumenvereinerung von Karlsruhe und Umgebungen veranlaßt ihre Mitglieder und Freunde am letzten Sonntag nachmittag im Saale des katholischen Seelenhauses zu einer Weihnachtsfeier. Der erste Vorstand, Herr B o o s, hielt eine zu Herzen gehende Ansprache, begrüßte dabei die Ergebenen, insbesondere die Vertreter der Stadt und der Kirchengemeinde, und dankte in warmen Worten allen denjenigen, die es auch dieses Jahres wieder ermöglicht haben, den Leiden sehr zahlreichen Blinden eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es schlossen sich musikalische, gesellige und belustigende Vorträge an, durchweg von Blinden ausgeführt, die unter Leitung des 2. Vorstandes Herrn R i e d e r t, der auch die Einleitung übernommen hatte, in sehr geschickter und anerkennender Weise zum Vortrag kamen. Darauf folgte eine Gabenverteilung, geleitet von dem unermüdet in der Fürsorge tätigen Frau Sekretärin L o b b e und ihren Helferinnen. Es war erbebend zu bemerken, welche Freude die von den Gönnern gestifteten Gaben sowohl bei den Jungen, wie bei den alten Blinden auslösten. Mögen auch im kommenden Jahre sich recht viele um das Los der zum Teil in größter Dürftigkeit lebender Blinden annehmen, die mit deren Schicksal doch einleuchten erleichtert werden kann.

Kaffee-Dauer. Im heutigen Sonderkonzert kommt u. a. ein Weihnachtsquartett, arrangiert von Kammermusiker D a c h m e i s t e r, Musik des Karlsruher Orchesters, zum Vortrag.

Aus aus den Standbüchern Karlsruhe.

Geurien, 14. Dez.: Ingeborg Lina Nols, Vater Karl Schwarz, Bandenführer; Anna Ursula, Vater Helm. S a v e r, Webgermeister; Friedrich, Vater Paul U e d e r e d, Schneider; Ilse Berta Selma Emma, Vater Karl D r o s t, lech. Beamter. — 15. Dez.: Ilse Luise Edith, Vater Eua. S e i b, Kaufmann; Gertrud Elise, Vater Gottlieb W i c h t e r, Kohlenvertriebsassistent; Ehepaargebote. 19. Dez. Nikolaus W i e l a n d von Worblingen, Oberlehrer hier, mit Magdalena W e i t e n W i e, von Mühlheim; Friedrich W i l h e l m hier, Heizer hier, mit Hedwig H ä t t e r von Weibert; Arnold F a r r e von Mühlheim, Kaufmann hier mit Rosalia D e n n u von Offenburg; Wilhelm W i l l e r von hier, Kaufmann hier, mit Klara S i e b o l d von hier; Josef A n o p f von St. Leon, Masch.-Formier hier mit Veria W e i n e r hier; Albert W a i t e r von Griesbach, Rangierer hier, mit Regina D e r f e r z von Ottersweier.

Todesfälle. 19. Dez.: Max Breithaupt, Chem., 45 Jahre alt, Buchbindermeister. — 20. Dez.: Barbara P e n n e r, 66 Jahre alt, Witwe von Johann P e n n e r, Privat; Ida W i l l e r, 76 Jahre alt, Witwe von Karl W i l l e r, Steinbauer; Luise K i o l a u s, 39 J. alt, Ehefrau von August Nikolaus Bandwirth; Elisabeth W o r m a n n, 28 Jahre alt, Frl., Kontoristin. — 21. Dez.: Dr. Ludwig G u t s c h, Chem., 68 Jahre alt, Medizinalrat; Ida W i l l e r, 51 Jahre alt, Witwe von Franz W i l l e r, Badnarbeiter.

Beerdigungzeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstags, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr: Barbara P e n n e r, 66 Jahre alt, Witwe, Humboldtstr. 23 (Beuerbehaftung); 2 Uhr: Max B r e i t h a u p t, Buchbindermeister, Weidstr. 46; 3 Uhr: Ida W i l l e r, Steinbauers-Witwe, Weidstr. 46; 4 Uhr: Elisabeth W o r m a n n, Kontoristin, Eckstr. 52.

Vertrauensangelegenheiten
Jeder Art. Neuba' tinnen u. Verloben. Auskünfte über Familienverhältnisse etc. in ganz Süddeutschland. Helora, pers. schmeicelnde Beamter.
Gef. Aufsätze unter Nr. 19892 an die Geschäftsst. der „Badischen Presse“ erbeten.

Hermine Frick
Otto Joos 20150
Verlobte
Karlsruhe Weihnachten 1921 Freiburg Löwenstr. 2
Geraienstr. 28

Plannkuch & Co
Teigwaren

Statt Karlen.
Als VERLOBTE empfehlen sich:
Josefine Rüssel 363734
Hermann Kuhn
Weihnachten 1921.
Karlsruhe, Hardtstr. 33 Eberbach a. N.

Band- und
Fadennadeln
Fund Mt.
7.50
Suppen-
Eintlagen
Fund Mt.
7.50
Deutsche und
italienische
Maccaroni

Verlobungs-
Ringe
Geschenkartikel
in
Gold- und
Silberwaren
Tafelbestecke
empfiehlt auf Weihnachten
Christ. Fränkle, Goldschmied,
Karlsruhe, Kaiserpassage 7.

Sold u. Silber
Gegenstände, som. Uhren
auch gebrochen, laufft au
höchst. Breiten. 2386345
M. Engelberg, Uhrm.
Kaiserstr. 98, 1 Trepp.

Ein beehrtes
Weihnachts-Geschenk
bildet stets ein
ODEON
MUSIK-APPARAT.
Vorführung jederzeit ohne Kaufzwang nur im
Odeon-Musikhaus
Kaiserstr. 175 Karlsruhe Telefon 339 19195

Hausbesitzer
verleihen Sie Ihr Anwesen gegen Ungesetzter
bei der Ungesetzter - Vertilgung - Anstalt
Friedr. Springer 19018
Markenstr. 52. Telefon 3263.
Keine Ladenpfeifen. Keine Personallisten.
„Daniels Konfektionshaus“
Tel. 1840 Karlsruhe, Wilhelmstr. 34. 1 Treppe
Neu eingetroffen:
Schwarze Tuch - Mäntel
375 Mark.
Ia Astrachan - Mäntel
775 Mark. 19019

Gold- u. Silber-
Gegenstände in jed.
Form laufft laufend
zu höchstem Preis.
F. Hirth
Augustastr. 1.

Plannkuch & Co
Dörr-Obst
Birnenstübe
Wfd. Mt. 7.-
Apfelstübe
Wfd. Mt. 7.-
Zweifschagen
Wfd. Mt. 10.50
Mischobst
Wfd. Mt. 9.-
Seigen
Plannkuch & Co

Altes
Silber
u. Gold
Platin
 Brillanten
kauft zu allerhöchsten Preisen
Emil Feißkohl
Juweller 18890
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 67.
Auf Anruf komme sofort
Kaufen getrag. Kleider, Wäsche, Stiefel, usw. 2385929
Säbringerstr. 50. Tel. 2051 Karabanoil.

